

## Zu den Autoren

**Jan Barcz** – Professor für Völkerrecht und Recht der Europäischen Union, ehemaliger Diplomat, u. a. Botschafter der Republik Polen in Wien (1995–1999), Mitglied der Delegation, die Polen während der Zwei-plus-Vier-Konferenz vertrat, und später Mitglied des Teams des polnischen Außenministeriums, das den deutsch-polnischen Grenzbestätigungsvertrag, den Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit mit Deutschland sowie die Abkommen von 1991 und 2000 über Entschädigungsleistungen an Opfer der nationalsozialistischen Verbrechen aushandelte. Derzeit Inhaber des Lehrstuhls für Völkerrecht und Recht der Europäischen Union an der Leon-Kozminski-Universität in Warschau, Mitglied von Team Europe und der Konferenz der Botschafter der Republik Polen.

**Jerzy Kranz** – Professor für Völkerrecht an der Leon-Kozminski-Universität in Warschau, ehemaliger Diplomat (Unterstaatssekretär, Direktor der Rechtsabteilung im polnischen Außenministerium, Botschafter der Republik Polen in Berlin). Mitglied des Teams des polnischen Außenministeriums, das u. a. die deutsch-polnischen Verträge von 1990–1991 aushandelte. Teilnehmer der multilateralen Verhandlungen über deutsche und österreichische Entschädigungsleistungen an ehemalige polnische Sklaven- und Zwangsarbeiter. Zahlreiche Veröffentlichungen zu Problemen des Völkerrechts und der internationalen Beziehungen, darunter insbesondere der deutsch-polnischen Beziehungen. Stipendiat der Alexander-von-Humboldt-Stiftung, Fritz-Thyssen-Stiftung und der École des Hautes Études en Sciences Sociales. Mitglied der Konferenz der Botschafter der Republik Polen.

**Krzysztof Ruchniewicz** – Professor, Direktor des Willy Brandt Zentrums für Deutschland- und Europastudien der Universität Wrocław, Inhaber des Lehrstuhls für Zeitgeschichte am dortigen Zentrum, Studium der Geschichtswissenschaften an der Universität Wrocław, der Universität des Saarlandes in

Saarbrücken und der Philipps-Universität in Marburg. Forschungsinteressen: Geschichte Deutschlands und der deutsch-polnischen Beziehungen im 20. Jahrhundert, Geschichte der europäischen Integration, Geschichtspolitik und Erinnerungskultur, Geschichte der Polen in Deutschland, Visual History und Public History, internationale Schulbuchforschung. Zahlreiche Veröffentlichungen, Blogger und Podcaster, Fotograf.

**Jerzy Sulek** – Dr. habil., langjährige diplomatische und wissenschaftliche Tätigkeit, u. a. stellvertretender Direktor der Akademie des Auswärtigen Dienstes in Warschau, stellvertretender Direktor des Polnischen Instituts für Internationale Angelegenheiten in Warschau (1978–1981), Direktor des Instituts für Deutschlandforschung der Universität Łódź (1999–2001), Professor an den Universitäten Warschau und Łódź, der Warschauer Wirtschaftsuniversität und am Polnischen Institut für Diplomatie. In den Jahren 1989–1991 enger Mitarbeiter des Außenministers der Republik Polen, Prof. Krzysztof Skubiszewski, und führender diplomatischer Unterhändler der Dritten Republik Polen (u. a. bei den Verhandlungen mit Deutschland über den Grenzbestätigungsvertrag von 1990 und den Nachbarschaftsvertrag von 1991 sowie mit der UdSSR über den Nachbarschaftsvertrag und das Abkommen über den Abzug der sowjetischen Streitkräfte 1992). Bevollmächtigter Minister und Leiter der Außenstelle der Botschaft der Republik Polen in Berlin (1991–1997), stellvertretender Verteidigungsminister der Republik Polen (1997–1998), Vorstandsvorsitzender der Stiftung für deutsch-polnische Aussöhnung (2001–2005). Derzeit im Ruhestand.

## Vorwort – 30 Jahre Grenzvertrag

Im Januar 1992 trat der „Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Bestätigung der zwischen ihnen bestehenden Grenze“ in Kraft. Wie zuvor im Zwei-plus-Vier-Vertrag der beiden deutschen Staaten und der vier Siegermächte angekündigt, war dieser Grenzvertrag im November 1990 – wenige Tage nach der Wiedervereinigung – von den Außenministern Polens und Deutschlands unterzeichnet und vom polnischen Parlament und vom Deutschen Bundestag – zusammen mit dem „Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit“, dem Nachbarschaftsvertrag – im Dezember 1991 ratifiziert worden.

Die Republik Polen und die Bundesrepublik Deutschland verpflichteten sich, keine Gebietsansprüche zu erheben, die Oder-Neiße-Linie als endgültige, unveränderliche Grenze zu achten und ihre staatliche Souveränität und ihre territoriale Integrität nicht infrage zu stellen. Deutschland versprach, den Beitritt Polens zur Nato und zur EU aktiv zu unterstützen.

Dieser Grenzvertrag bot die historische Chance, die tragischen Erfahrungen des 20. Jahrhunderts, die Verbrechen des Nationalsozialismus im besetzten Polen, die Leiden der vertriebenen Deutschen und Polen anzuerkennen, Feindschaft und Vorurteile hinter sich zu lassen und ein neues Kapitel in den Beziehungen der beiden Staaten aufzuschlagen.

Dreißig Jahre später den Abschluss dieses Grenzvertrages zum Anlass zu nehmen, an diese Ereignisse zu erinnern und den Blick in die Zukunft zu richten, verdient Dank und Anerkennung. Es ehrt das Willy Brandt Zentrum für Deutschland- und Europastudien der Universität Wrocław, dafür fachkundige, erfahrene, wissenschaftlich ausgewiesene polnische Autoren gewonnen zu haben. Dem Generalkonsulat der Bundesrepublik Deutschland in Breslau und der Krzysztof-Skubiszewski-Stiftung ist für die finanzielle Hilfe zu danken und der Konrad-Adenauer-Stiftung dafür, dass sie die vorliegende deutsche Ausgabe ermöglichte.

Ohne die Weitsicht polnischer und deutscher Politiker wie Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki, Außenminister Władysław Bartoszewski und Bundeskanzler Helmut Kohl, und ohne den Papst aus Polen wäre es nicht zur Aussöhnung gekommen. Erst die Wahl eines Papstes aus Polen, erst die Solidarność-Bewegung und der Zusammenbruch der Sowjetunion, erst die deutsche Wiedervereinigung ermöglichten einen Epochenwandel in den polnisch-deutschen Beziehungen.

Am 12. März 1999 treten Polen, Tschechien und Ungarn der NATO bei, am 1. Mai 2004 wird Polen Mitglied der EU. In einer Volksabstimmung stimmen 77 Prozent der polnischen Wähler für diese Mitgliedschaft. Bundespräsident Rau spricht vor beiden Häusern des polnischen Parlamentes. An der Brücke über die Oder, die Frankfurt und Słubice verbindet, findet eine begeisterte Freudenfeier statt. In Krakau versammeln sich 50.000 Menschen: „Die Wallfahrt Polens nach Europa ist vorbei! Wir sind wieder daheim!“, meint damals der dortige Marschall Janusz Sepioł. Der Fall des Eisernen Vorhangs ist endgültig vollzogen und die Teilung des europäischen Kontinents ist überwunden.

Für mich selbst ging ein langer, mühsamer Weg zu Ende. Ich wurde vom jugendlichen Skeptiker zum überzeugten Freund Polens. Natürlich wusste ich von den Verbrechen, die Nazi-Deutschland dem polnischen Volk zugefügt hatte. Sie sind durch nichts zu rechtfertigen, sie belasten nach wie vor bis heute das deutsch-polnische Verhältnis. Gleichzeitig bewegte mich damals auch das Schicksal von 13 Millionen Vertriebenen aus den deutschen Ostgebieten jenseits von Oder und Neiße, die wir als zusätzliche Belastung empfanden. Sie kamen ohne Hab und Gut in unsere, durch Bomben zerstörten Städte, in denen Not und Elend herrschte und in denen sie nur notdürftig Unterkunft fanden. Dass auch Millionen Polen aus ihrem Siedlungsgebiet im Osten Polens vertrieben worden waren und in den neuen Westen Polens umgesiedelt wurden, erschloss sich mir erst später. Der Briefwechsel der polnischen und deutschen Bischöfe am Ende des Zweiten Vatikanischen Konzils im November 1965 hat mich zutiefst bewegt. Meine Mitgliedschaft in der Deutsch-Polnischen Schulbuchkommission, die die Darstellung der deutschen und der polnischen Geschichte in den Schulbüchern beider Länder aufeinander abstimmen sollte, die abwechselnd in Deutschland und in Warschau tagte, erschloss mir die Möglichkeit, Kontakte zum Club der „Katholischen Intelligenz“ in Warschau, Krakau und Wrocław und zum Umfeld der katholischen Wochenzeitungen Tygodnik Powszechny, Znak und Więz aufzunehmen. Als Präsident des Zentralkomitees der deutschen

Katholiken unterstützte ich die von „pax christi“ initiierte Gründung es Maximilian-Kolbe-Werkes. Im Geiste Maximilian Kolbes, der im deutschen Konzentrationslager Auschwitz für einen Familienvater in den Hungerbunker ging, wollten wir den überlebenden KZ-Häftlingen aus 131 deutschen Konzentrationslagern in Polen ideell und auch materiell helfen. Die polnische Westgrenze wollten wir nicht anerkennen. Die Grenzfrage musste einem Friedensvertrag vorbehalten bleiben. Am 9. November 1989 begleitete ich Bundeskanzler Helmut Kohl, als Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung, bei seinem schwierigen Staatsbesuch nach Warschau. In der Nacht fiel in Berlin die Mauer. Kohl unterbrach seinen Staatsbesuch, eilte nach Berlin und kehrte – wie zugesagt – zurück. In einem Gespräch mit Staatspräsident Jaruzelski war Kohl sicher, sollte es zu einer Wiedervereinigung kommen, werde es auch zu einer Anerkennung der polnischen Westgrenze kommen. Die endgültige, auch völkerrechtliche Anerkennung der deutsch-polnischen Grenze sollte den Schlussstrich unter das Unheil des Zweiten Weltkrieges ziehen, aber kein Mittel zur Stärkung eines totalitären Systems sein. Er sollte erst nach der Wiedervereinigung Deutschlands gezogen werden. Im August 1989 riss mir allerdings unter dem Eindruck des demokratischen Wandels in Polen der Geduldsfaden. Ich unterschrieb – sehr zum Ärger der Bundesregierung, insbesondere von Helmut Kohl – die Erklärung polnischer und deutscher Katholiken zum 50. Jahrestag des Kriegsbeginns, in der es ausdrücklich heißt: Wir treten dafür ein, „dass die Westgrenze Polens dauerhaft Bestand hat“.

Die Außenstelle der Konrad-Adenauer-Stiftung in Warschau wurde zum Ausgangspunkt vieler Initiativen. Sie leistet einen wichtigen Beitrag zur Aussöhnung zwischen Deutschland und Polen. Unsere aus Deutschland entsandten Leiter des Auslandsbüros Polen von Dr. Gösta Thiemer bis David Gregosz haben hervorragende Arbeit geleistet. Besondere Verdienste erwirkt sich seit mehr als 28 Jahren Falk Altenberger, von dem man nicht genau weiß, ob er mehr Pole oder mehr Deutscher ist. Das Verhältnis von Deutschland zu Polen hat sich normalisiert. Auch aktuelle Meinungsverschiedenheiten mit der amtierenden europakritischen polnischen Regierung vermögen daran nichts mehr zu ändern. Die Ausgabe des deutsch-polnischen Barometers 2021 weist aus: Eine Mehrheit in beiden Ländern bewertet die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen als gut bis sehr gut. Fast zwei Drittel der polnischen und der deutschen Befragten meinen, der Blickwinkel in den bilateralen Beziehungen sollte stärker auf Gegenwart und Zukunft, als auf die Vergangenheit gelegt werden. In der

Tat: Wir müssen den deutsch-polnischen Dialog fortsetzen und vertiefen. Das Erreichte muss gesichert werden. Es muss für die Zukunft Bestand haben.

Ich wünsche dieser Publikation weite Verbreitung und viele aufmerksame Leser.

*Dr. Bernhard Vogel*  
Ministerpräsident a.D.  
Ehrenvorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung